

Kommentar

Am 13. Dezember 1981 verhängte der Erste Sekretär der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei Wojciech Jaruzelski, der zugleich Regierungschef und Verteidigungsminister war, das Kriegsrecht über Polen. In den nächsten Stunden wurden mehr als 3000 Personen, vor allem aktive Gewerkschafter der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność*, bekannte Intellektuelle und Dissidenten innerhalb der Arbeiterpartei von Militär und Polizei verhaftet und interniert. Mit dieser Aktion wurde eine im gesamten kommunistischen Machtbereich einmalige Situation mit Gewalt beendet, in der die polnische kommunistische Führung des Landes eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung als Vertreterin der Interessen der Werktätigen anerkannt hatte. Seit dem August des Vorjahrs hatten zuerst in Danzig, dann auch in anderen Städten, Parteiführungen mit Vertretungen der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność* entsprechende Vereinbarungen abgeschlossen. In der Folge waren etwa 10 Millionen Menschen der *Solidarność* beigetreten, unter ihnen übrigens auch 1 Million Parteimitglieder. Trotzdem wurden die Entstehung einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung und ihre Anerkennung durch die Vereinigte Arbeiterpartei von den kommunistischen Bruderländern als Konterrevolution gebrandmarkt. Insbesondere die KPdSU und die SED setzten seitdem ihre polnischen Genossen unter Druck, das Experiment zu beenden, und drohten andernfalls mit militärischer Intervention, ganz wie im August 1968 gegenüber dem Prager Frühling. Im Dezember 1981 waren die politische Spannung und der Druck auf die polnische Führung so stark gewachsen, dass ein Einmarsch unmittelbar bevorzustehen schien. In dieser Situation wollte Jaruzelski mit der Verhängung des Kriegsrechts und der Verhaftung der führenden Gewerkschafter das Schlimmste verhindern, nämlich die Besetzung des Landes durch russische und deutsche Truppen.

Auf internationaler Ebene hatte der Entspannungsprozess zwischen den USA und der UdSSR nach der Unterzeichnung des Abkommens von Helsinki 1975 seine Dynamik verloren. Nach den zwischen Washington und Moskau bereits getroffenen Vereinbarungen über die Begrenzung ihrer strategischen Waffensysteme setzten konservative Politiker und Militärs, die sogenannten Falken, in beiden Staaten auf Modernisierung und Erweiterung ihrer Mittelstreckenraketenysteme, d.h. vor allem auf erhöhte Reichweite, Zielgenauigkeit und Durchschlagkraft einer neuen Generation von Mittelstreckenraketen. Während die Sowjetunion seit der zweiten Hälfte der 1970er kontinuierlich neue SS-20-Raketen aufstellte, die, anders als die Vorgängertypen, ganz Westeuropa bedrohten, bestand das geplante neue Waffenarsenal der NATO aus Neutronenbomben, Cruise-Missiles und Pershing-2-Raketen.

Außerdem entwickelten beide Seiten neue Kampfflugzeuge. Die öffentliche Debatte fokussierte allerdings auf die Pershing-2-Raketen. Diese konnten Ziele bis zum Ural innerhalb weniger Minuten erreichen, und zwar auf wenige Meter zielgenau, und besaßen einen atomaren Sprengkopf, der nach dem Einschlag unterirdisch gezündet werden konnte, weshalb die Pershing-2-Raketen als reine Angriffswaffen, als typische Erstschlagwaffen, galten. Allerdings gab es innerhalb der NATO erhebliche Friktionen, sowohl zwischen Amerikanern und Europäern als auch unter den europäischen Mitgliedsstaaten, was die Aufstellung der neuen Waffensysteme betraf. Ende der 1970er Jahre wurde der Beschluss zur Aufstellung von Neutronenbomben – auch das sind Atomraketen, die spezifisch zum Einsatz gegen Panzer entwickelt worden waren und die nach den Einsatzplänen primär auf Ziele in Deutschland gerichtet waren – angesichts des Widerstandes in einzelnen Mitgliedsstaaten von US-Präsident Carter zurückgenommen. Dem Beschluss am 12. Dezember 1979 über die Aufstellung von Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles wurde am Ende noch ein Passus hinzugefügt, der auf Helmut Schmidt zurückgeht, dass vor der Raketen aufstellung in 1983 Verhandlungen stattfinden sollten, die die Stationierung eventuell überflüssig machen könnten, deshalb der Name NATO-Doppelbeschluss. Entsprechende Verhandlungen hat es aber nicht gegeben. Die öffentliche Meinung in den betroffenen Ländern war überwiegend ablehnend bis entschieden ablehnend. Besonders stark war die Ablehnung in den Niederlanden, deshalb die Rede von der sprichwörtlichen Hollanditis, aber auch in der Bundesrepublik erreichte sie Werte von 75% der Bevölkerung. Hier verlief der Konflikt vor allem zwischen der sozialliberalen Bundesregierung unter Helmut Schmidt und den enttäuschten Anhängerinnen und Anhängern seiner Regierung, die auf Fortsetzung der Entspannungspolitik in Europa hofften. Bis zur geplanten Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen konzentrierte sich die bald entstehende Friedensbewegung darauf, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, um sie zu einer Rücknahme der Bereitschaft zur Raketenstationierung zu bewegen. Dieser Minimalkonsens war also ganz auf die NATO-Staaten orientiert und kümmerte sich relativ wenig um die in der Sowjetunion stationierten SS-20-Raketen.

In all den Befürchtungen um die Verhärtung des Klimas zwischen den beiden Großmächten steckte die Sorge, dass das zwischen Ost und West gespaltene Deutschland der Schauplatz eines atomaren Krieges werden könnte. Auch Helmut Schmidt wollte in erster Linie Rüstungskontrollverhandlungen für Europa erreichen, wenn er auch in Kategorien des militärischen Gleichgewichts und der Verbindlichkeit der Bündnisverpflichtungen dachte. Es gab deshalb trotz alledem ein gemeinsames Interesse beider deutschen Staaten an einer kleinen Aufrechterhaltung der Entspannungspolitik. Und so befand sich Helmut Schmidt am 13. Dezember 1981 auf Staatsbesuch in der DDR. An diesem historischen Tag besuchte er den Dom in Güstrow.

Die drei hier abgedruckten Erklärungen geben die ersten Reaktionen des Bundesvorstands der Grünen auf die Verhängung des Kriegsrechts in Polen wieder. Die erste Erklärung drückt die Trauer und Enttäuschung der Grünen über die militärische Beendigung eines demokratischen Experiments aus und benennt die Ursache: Die polnische Gewerkschaftsbewegung ist ein Opfer des Kalten Krieges geworden. Damit sich eine emanzipatorische Gewerkschaftsbewegung in Polen

entfalten kann, ist eine blockfreie Zone in Mitteleuropa unbedingt vonnöten. So wie die Grünen in der Bundesrepublik Deutschland auf die gesellschaftliche Kraft zur Transformation setzen, die von der Friedensbewegung und Umweltbewegung ausgeht, so sehen sie die Gewerkschaftsbewegung in Polen. Sie übersetzen also den eigenen Ansatz zur politischen Veränderung auf die Verhältnisse in Polen.

Mit der Verhängung des Kriegsrechts in Polen kam es zu einem offenen Konflikt zwischen Kommunisten und Grünen. Bislang hatten sie immer nur Bündnispartner gesucht. Jetzt sah es so aus, dass sie sich von bestimmten Gruppen fernhalten wollten. Der Bundesvorstand der Grünen kam am 19./20. Dezember zu einer 2-tägigen Bundesvorstandssitzung zusammen, bei der nach «langanhaltender Debatte über die Einschätzung der Lage in Polen und über konkrete Hilfsmaßnahmen der GRÜNEN für Polen [...] mehrere Anträge von Buvo-Mitgliedern formuliert» wurden, «die eine Überprüfung der Bündnispolitik der GRÜNEN angesichts der polnischen Ereignisse intendierten.»¹

In diesen Beschlüssen, heißt es, suchten die GRÜNEN die Zusammenarbeit mit der unabhängigen Friedensbewegung, mit kirchlichen Gruppen, mit autonomen Gruppen, mit dem BBU, der AL Berlin, den Jungdemokraten, den Jungsozialisten, dem Sozialistischen Büro, den Komitees «Solidarität mit Solidarność» und weiteren an einer breiten Solidaritätsbewegung interessierten Gruppen und Personen. Die DKP und ihre Satelliten sind hier bewusst nicht erwähnt. Dass sie aber gemeint sind, zeigt ein weiterer Antrag von Ernst Hoplitschek, der keine Mehrheit im Bundesvorstand gefunden hatte. Er lautete: «Der Buvo ist der Auffassung, daß überall dort, wo aktuelle oder prospektive Bündnis constellationen innerhalb von Untergliederungen der GRÜNEN mit der DKP oder mit DKP nahestehenden Gruppierungen existieren, diese aktiv aufgehoben werden sollen, da deren Haltungen zu den Vorgängen in Polen in krassem Gegensatz zur positiven Bewertung der sozialen Emanzipationsbewegungen in Polen seitens der GRÜNEN steht. Diese Auffassung ist den LV's und den KV's per Rundschreiben mitzuteilen.»² Bei der Abstimmung war der Antrag bei vier Jastimmen, fünf Neinstimmen und einer Enthaltung abgelehnt worden. Es ist erstaunlich, dass der Antrag überhaupt vier Zustimmungen gefunden hat, denn bei der letzten großen Friedensdemonstration, am 10. Oktober 1981 in Bonn mit Abschlusskundgebung im Bonner Hofgarten und mit 300 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern hatten Hunderte von Organisationen und Friedensinitiativen den Demonstrationsaufruf unterschrieben, unter denen nicht wenige kommunistische Organisationen gewesen sein dürften, denen die Grünen gewiss nicht das Feld überlassen hätten.

Außer den beiden als Presseerklärung verbreiteten Beschlüssen fand noch folgender Antrag von Roland Vogt die Zustimmung der Bundesvorstandsmitglieder: «Die GRÜNEN unterstützen als Bundesvorstand die alternative Gestaltung des Hambacher Festes und wirken insbesondere daraufhin, daß - wie 1832 - die Solidarität zur polnischen Friedensbewegung zum Ausdruck kommt.»

¹ Archiv Grünes Gedächtnis, Petra Kelly Archiv, Sign. 978.

² Ebd.

Beim Hambacher Fest 1832 hatten die pfälzischen Liberalen nicht nur radikale Reden gehalten, sondern auch die polnischen Aufständischen von damals auf ihrem Weg ins französische Exil mit einem Festbankett gefeiert. Die Erinnerung daran sollte bei der Wiederholung des Hambacher Festes aus Anlass des 150. Jahrestags durch Einbeziehung von Vertretern der Solidarność-Bewegung, die sich wieder im Exil befanden, wachgehalten werden. Darüber hinaus schlugen die Grünen vor, regelmäßig Vertreterinnen und Vertreter der unabhängigen Friedensbewegungen aus der DDR, Polen oder der CSSR zur Teilnahme an großen Podien und Reden einzuladen und ihnen ein Forum anzubieten. Außerdem kann man in den Beschlüssen aus Anlass der Verhängung des Kriegsrechts in Polen zwar noch nicht die Blaupause, aber den politischen Ansatz für die Solidaritätsaktion auf dem Berliner Alexanderplatz im Mai 1983 erkennen.